

der Wasser- und Stromversorgung.

Bhutto empfängt Frauen von Geiseln in Kaschmir

Premierministerin Benazir Bhutto hat am 7. Juli die Frauen von zwei der vier im indischen Teil Kaschmirs entführten westlichen Touristen empfangen. Die amtliche pakistanische Nachrichtenagentur APP meldete, Bhutto habe Jane Schelly und Julie Mangan versichert, daß sie sich weiterhin für die Freilassung ihrer Männer Donald Hutchings und Keith Mangan einsetzen werde. Die beiden sind seit einem Jahr zusammen mit dem Deutschen Dirk Hasert und dem Briten Paul Wells in den Händen muslimischer Rebellen, die für die Unabhängigkeit Kaschmirs von Indien kämpfen.

Bhutto habe die Entführung als Rückschlag für die Sache der Kaschmiri bezeichnet und verurteilt, meldete APP weiter. Die Regierung in Islamabad leistet den in Kaschmir operierenden

Gruppen nach eigener Darstellung zwar moralischen und politischen Beistand, verfügt aber über keinen Kontakt zu den Entführern der Gruppe Al Faran, die für die Entführung der Touristen verantwortlich sein soll. Indien dagegen beschuldigt Pakistan, die Rebellen direkt zu unterstützen.

Auch Bernd Hasert, der Bruder Dirk Haserts, besuchte in Begleitung von drei Abgeordneten des Deutschen Bundestages die pakistanische Hauptstadt, um sich für die Freilassung der Geiseln einzusetzen. Bernd Hasert sagte nach seiner Reise, die ihn auch nach Indien und Kaschmir führte, daß er neue Hoffnung habe, daß die Entführten noch leben. Das Auswärtige Amt in Bonn hatte allerdings mehrfach darauf hingewiesen, daß es seit August vergangenen Jahres nach der Ermordung des Norwegers Hans Christian Oströ kein verlässliches Lebenszeichen mehr gegeben habe und der Kontakt zu den Entführern abgebrochen sei. Für Gerüchte über die Ermordung der vier Männer gebe es allerdings

gleichfalls keine Beweise (siehe auch den Meldungsteil Indien).

Regierung will Todesstrafe für Frauen abschaffen

Nach einer Kabinettsitzung am 10. Juni gab ein Regierungssprecher bekannt, daß die derzeit mögliche Todesstrafe für Frauen abgeschafft werden soll. Ein konkreter Zeitpunkt für die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes oder den Erlass eines Regierungsdokuments wurde nicht genannt. Skeptische Beobachter bezeichneten deshalb die Initiative aufgrund der politischen Brisanz als rein kosmetische Absichtserklärung an die Adresse von auf die Einhaltung der Menschenrechte pochenden Geberländer. Dennoch löste der Vorstoß bei den religiösen Parteien heftige Reaktionen aus. Sie brandmarkten die Abschaffung der Todesstrafe für Frauen als Verstoß gegen islamisches Recht und kündigten entschlossenen Widerstand an.

Proteste gegen den neuen Staatshaushalt

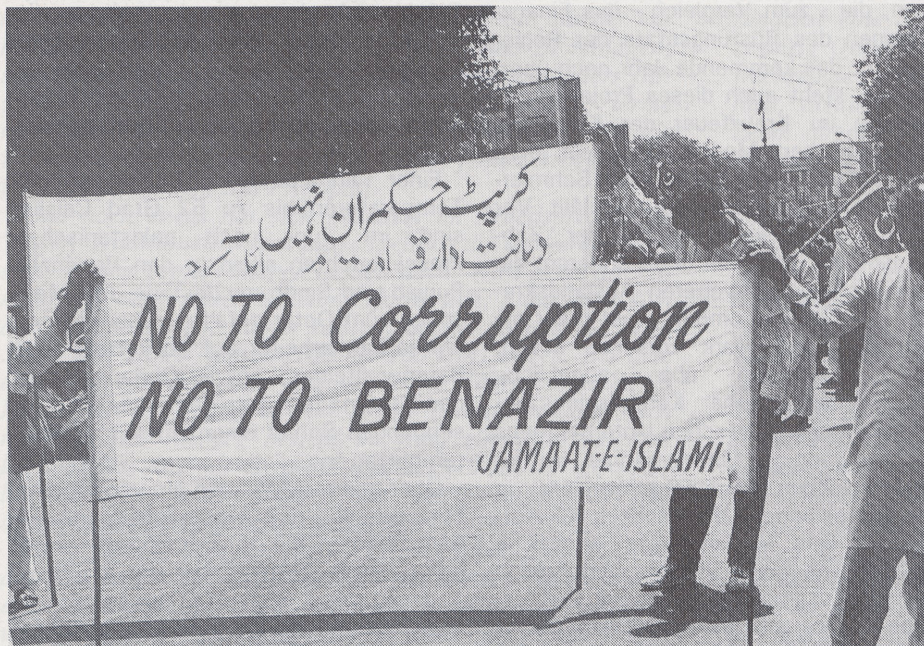
von Jorge Scholz

Der Ende Juni von der Bundesregierung in Islamabad verabschiedete Staatshaushalt für das kommende Jahr hat aufgrund der darin vorgesehenen drastischen Steuererhöhungen und Subventionskürzungen einen von Streiks und gewalttätigen Demonstrationen begleiteten

landesweiten Proteststurm ausgelöst. Zum blutigen Höhepunkt der Auseinandersetzungen um den von der regierungsunabhängigen pakistanischen Presse als "Killer Budget" verurteilten Etat eskalierte eine zentrale Kundgebung der islamistischen Oppositionspartei

'Jamaat-i-Islami' (JI) am 24. Juni in Rawalpindi, als gegen die Menschenmenge vorrückende starke Polizeikräfte das Feuer eröffneten und drei Demonstranten töteten. Bis zu 100 Personen wurden dabei verletzt. Ein Polizist starb bei anschließenden mehrstündigen Strassenschlachten zwischen beiden Seiten. Ex-Premier Nawaz Sharif nutzte die Gunst der Stunde für eine öffentlichkeitswirksame Wiederannäherung seiner 'Pakistan Muslim League' (PML) an die ehemals verbündete JI des derzeit aufgrund seiner Opferrolle auf einer Sympathiewelle schwimmenden Islamistenchefs Senator Qazi Hussain Ahmed und den Start einer neuen außerparlamentarischen Anti-Regierungskampagne mit dem Ziel vorzeitiger Neuwahlen.

Der Zeitpunkt für die Agitationsoffensive ist gut gewählt, da das von der Bhutto-Regierung geschnürte kombinierte Haushalts- und Steuerpaket vor allem bei den Arbeitern und Angestellten in den Städten, die in Zukunft mit mehreren neuen Abgaben kräftig zur Kasse gebeten werden, auf heftige Ablehnung stößt. So müssen Bezieher regelmäßiger Einkommen künftig Steuern auf Miet- und Fahrtkostenzuschüsse zahlen, die ihnen vom Arbeitgeber gewährt werden.



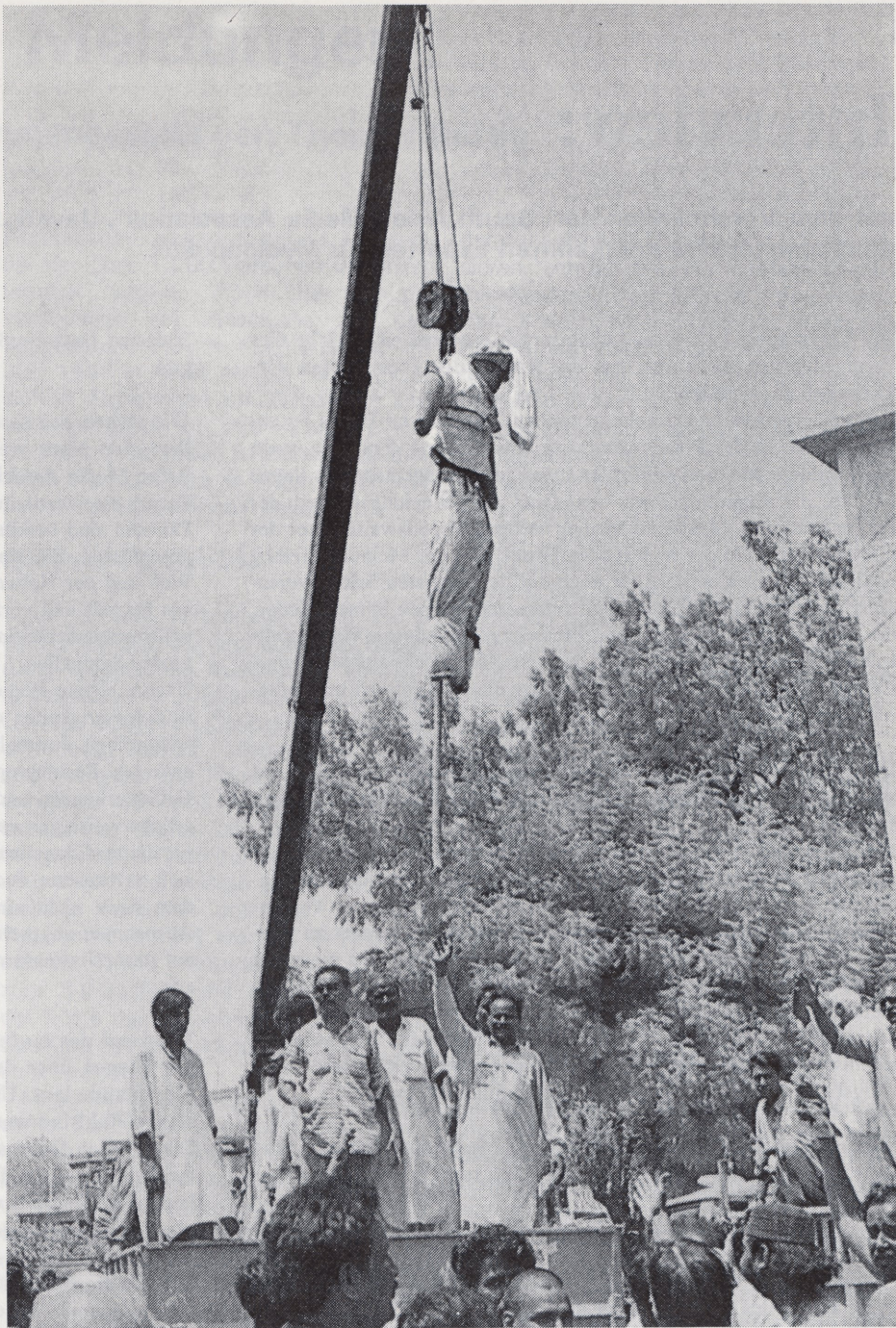
Benazir Bhutto in großer Not (Foto: 'Herald')

Damit steigt für diese auf 800.000 Betroffene geschätzte Gruppe der Steuerzahler der Anteil des Einkommens, der vom Staat besteuert wird, von gegenwärtig 55 auf bis zu 80 Prozent. Außerdem wird erwartet, daß sich die Preise vieler Güter des täglichen Bedarfs durch eine neueingeführte Umsatzsteuer um fünf bis 18 Prozent erhöhen. Gleichzeitig fallen für eine Vielzahl von Produkten Steuerbefreiungen und staatliche Subventionen weg. Von der neuen Steuer ausgenommen bleiben nur noch Zucker, Pflanzenöl, Erdölprodukte und Nahrungsmittel.

Zur allgemeinen Verärgerung trägt ferner bei, daß auch diesmal die Großgrundbesitzer als einzige Bevölkerungsgruppe von den allgemeinen Steuererhöhungen verschont blieben. Eine seit Jahrzehnten diskutierte Besteuerung landwirtschaftlicher Einkommen scheitert regelmäßig am Widerstand der in den großen Parteien zahlreich vertretenen Feudalherren. So bleibt es bei der absurden Situation, daß die Landwirtschaft rund ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erwirtschaftet, aber nur ein Hundertstel der Staatseinnahmen stellt. In den Augen vieler Städter kann von Steuergerechtigkeit keine Rede sein, solange ein Angestellter mit einem Monatsgehalt von 3.000 Rupien (etwa 130 DM) mehr Abgaben an den Staat zahlt, als ein Großgrundbesitzer.

Auch die Ausgabenstruktur des neuen Staatshaushalts 1996/97 verbittert Angestellte, Arbeiter und Unternehmer gleichermaßen. Zwar wächst das Budget der Regierung im Vergleich zum Vorjahr von 434 Milliarden auf 500 Milliarden Rupien (knapp 22 Milliarden DM), was jedoch vor allem in die Rüstungsausgaben und den Schuldendienst fließen wird: Der Militärhaushalt legt demnach um 14 Prozent auf jetzt 131 Milliarden Rupien zu und stellt nach dem Schuldendienst (186 Milliarden) den mit Abstand zweitgrößten Ausgabenposten dar. Die Aufwendungen für Entwicklungsvorhaben werden real sinken, da die im Haushalt ausgewiesene Steigerung um 8,5 Prozent unter dem derzeitigen Inflationsniveau von 10,5 Prozent liegt.

Ein weiteres krasses Beispiel für die bedenklichen Prioritäten der Haushaltspolitik der Bhutto-Regierung ist der Wohnungsbauet für sozial schwache Bevölkerungsgruppen, der im kommenden Jahr mit zwei Millionen Rupien (!) auskommen muß. Dafür wird auf dem Gelände des Präsidentenpalastes für mehr als zwölf Millionen Rupien ein neues Schwimmbad errichtet. Die Premierministerin genehmigte sich für einen dreistelligen Millionenbetrag ein neues Bürogebäude an ihrem Amtssitz, wobei allein die Mittel für die Möbeleinrich-



Proteste gegen den neuen Haushalt der Regierung (Foto: Yousuf Nagori)

tung den Etat beispielsweise des 'Special Women's Action Programme' deutlich übertreffen.

Besorgniserregend ist nach Meinung unabhängiger pakistanischer Wirtschaftsexperten der Umstand, daß die Lücke zwischen den angekündigten Ausgaben und den erwarteten Steuereinnahmen trotz der deutlich gesteigerten Abgabenlast der Bürger immer weiter auseinanderklafft. So rechnet die Regierung schon jetzt mit einem Haushaltsdefizit in Höhe von 220 Milliarden Rupien, das zumindest teilweise mit neuen Krediten gedeckt werden müßte. Sprecher der Unternehmerverbände kritisierten insbesondere die bereits fest einge-

plante Neuverschuldung bei inländischen Banken in Höhe von 20 Milliarden Rupien, da dies die Zinsen über Gebühr in die Höhe treibe und private Investitionen erschwere.

Die Untergangsstimmung der Wirtschaft ließ sich auch an den Reaktionen der Börse von Karachi eindrucksvoll ablesen: Nach dem Bekanntwerden des neuen Budgets stürzte der KSE-Index (Karachi Stock Exchange) in kürzester Frist von 2.600 Punkten auf 1.400 Punkte ab. Trotz massiver Interventionen institutioneller Anleger konnte sich das Börsenbarometer seitdem nur wenig erholen und verharrt gegenwärtig bei etwa 1.700 Punkten.